



Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Der Gemeinderat der Gemeinde Sontheim a. d. Brenz hat am 26.09.2023 aufgrund des § 4 in Verbindung mit § 19 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg folgende Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beschlossen:

§ 1

Entschädigung nach Durchschnittssätzen

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalls nach einheitlichen Durchschnittssätzen.

(2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme bis zu 3 Stunden	42,00 €
von mehr als 3 bis zu 5 Stunden	70,00 €
von mehr als 5 Stunden (Tageshöchstsatz)	98,00 €

§ 2

Berechnung der zeitlichen Inanspruchnahme

(1) Der für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigten Zeit wird je eine halbe Stunde vor ihrem Beginn und nach ihrer Beendigung hinzugerechnet (zeitliche Inanspruchnahme). Beträgt der Zeitabstand zwischen zwei ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als eine Stunde, so darf nur der tatsächliche Zeitabstand zwischen Beendigung der ersten und Beginn der zweiten Tätigkeit zugerechnet werden.

(2) Die Entschädigung wird im Einzelfall nach dem tatsächlichen, notwendigerweise für die Dienstverrichtung entstandenen Zeitaufwand berechnet.

(3) Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme bei Sitzungen ist nicht die Dauer der Sitzung, sondern die Dauer der Anwesenheit des Sitzungsteilnehmers maßgebend. Die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt. Besichtigungen, die unmittelbar vor oder nach einer Sitzung stattfinden, werden in die Sitzung eingerechnet.

(4) Die Entschädigung für mehrmalige Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet den Tageshöchstsatz nach § 1 Abs. 2 nicht übersteigen.

§ 3

Aufwandsentschädigung

(1) Gemeinderäte erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine Aufwandsentschädigung. Diese wird gezahlt

1. als monatlicher Grundbetrag in Höhe von	35,00 €
--	---------

Dieser umfasst auch die Sitzungen der Fraktionen
zur Vorbereitung von Gemeinderats- und Ausschusssitzungen;

2. als Sitzungsgeld je Sitzung in Höhe von 60,00 €
für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderates
und seiner Ausschüsse.

Bei mehreren, unmittelbar aufeinanderfolgenden Sitzungen desselben Gremiums
wird nur ein Sitzungsgeld gezahlt.

(2) Der erste ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters erhält zusätzlich zum in
Absatz 1 genannten Grundbetrag eine jährliche Aufwandsentschädigung von 600,- €

(3) Für eine länger andauernde, nicht vorhersehbare Vertretung des Bürgermeisters
erhält ein ehrenamtlicher Stellvertreter des Bürgermeisters neben dem Grundbetrag
der Aufwandsentschädigung nach Absatz 3 eine Entschädigung nach § 1.

(4) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 2 wird jährlich im Voraus gezahlt. Die
Grundbeträge der Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld nach Absatz 1
werden jeweils zum Quartalsende gezahlt. Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn
der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als drei Monate tatsäch-
lich nicht ausübt, für die über drei Monate hinausgehende Zeit.

§ 4 Reisekostenvergütung

Bei Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeinderats erhalten ehrenamtlich Tätige
neben der Entschädigung nach § 1 Absatz 2 und § 3 eine Reisekostenvergütung in
entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Ent-
schädigung für ehrenamtliche Tätigkeit vom 20. 11.1990 einschließlich der in der
Zwischenzeit ergangenen Änderungen, außer Kraft.

Hinweis: Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für
Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzungsände-
rung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb
eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzungsänderung gegenüber der Gemeinde geltend
gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt
nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekannt-
machung der Satzungsänderung verletzt worden sind.

Sontheim an der Brenz, den 27.09.2023

gez.

Rief
Bürgermeister